

Ash, Mitchell G.

Die Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft an den Universitäten der Neuen Bundesländer 1991-1998. Ein Forschungsbericht

Die Hochschule : Journal für Wissenschaft und Bildung 31 (2022) 1/2, S. 134-151



Quellenangabe/ Reference:

Ash, Mitchell G.: Die Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft an den Universitäten der Neuen Bundesländer 1991-1998. Ein Forschungsbericht - In: Die Hochschule : Journal für Wissenschaft und Bildung 31 (2022) 1/2, S. 134-151 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-299024 - DOI: 10.25656/01:29902

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-299024>

<https://doi.org/10.25656/01:29902>

in Kooperation mit / in cooperation with:



Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

<https://www.hof.uni-halle.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

die hochschule

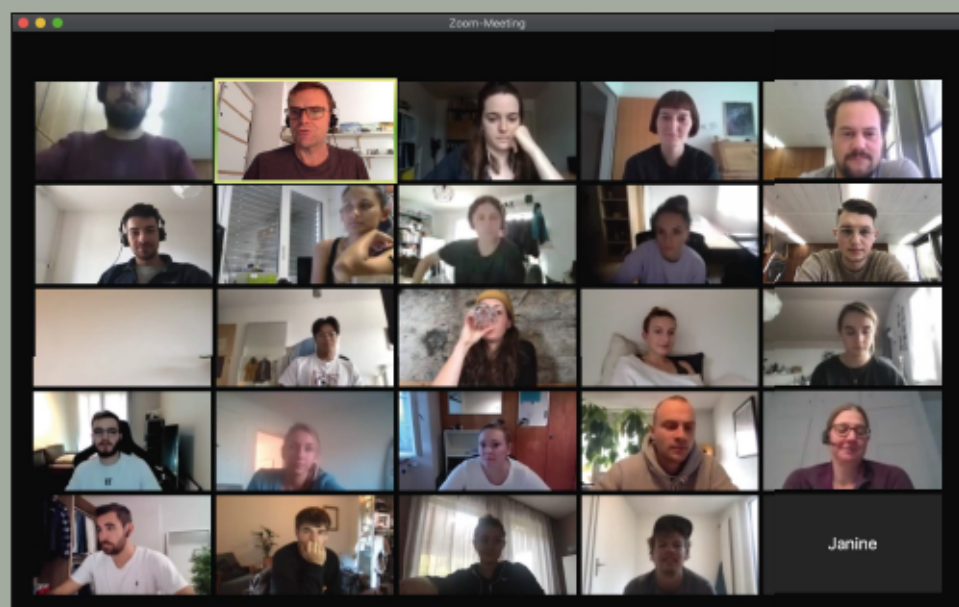
journal für wissenschaft und bildung

1–2/2022

31. Jahrgang

**Peer Pasternack
Daniel Watermann
(Hrsg.)**

Studieren mit und ohne Corona



Studieren mit und ohne Corona

Peer Pasternack:

Vor Corona studiert. Auskünfte des Pandemie-Managements
über die deutsche Hochschulbildung.....7

Iris Reus:

Durch die Corona-Krise in die finanzielle Krise?
Unterstützungsleistungen für Studierende seitens des Bundes und
der Länder angesichts pandemiebedingter Einkommensausfälle28

Gerd Grözingen:

Studieren unter Pandemiebedingungen. Waren Tendenzen von
verzögerter Studienaufnahme, von Studienabbruch und von
Prüfungssaufschub beobachtbar?42

Katrin Fritsche, Sander Münster:

Videotutorials für die geisteswissenschaftliche Lehre.
Konzeptionsschritte zur Erstellung von Screen- und Slidecasts52

Marion Rink, Till Neuhaus:

Die Hochschule steht Kopf?! Implementations- und
Durchführungshindernisse beim Inverted-Classroom-Modell68

Uwe Elsholz, Len Ole Schäfer, Hoai Nam Huynh:

Kompetenzsensible Studiengestaltung als mehrdimensionale
Herausforderung.....82

Lena Loge:

Sozialarbeiter oder Bauingenieur? Studien(fach)wahlen aus der
Milieuperspektive94

Jana York, Teresa Sartor:

Projektstudium – ein diversitäts- und inklusionssensibles
Lehr-Lernkonzept.....110

GESCHICHTE

Ali Sina Önder:

Die Verwestlichung der ostdeutschen Wissenschaft. Was die Wende für die ostdeutschen MINT-Fächer bedeutete124

Mitchell G. Ash:

Die Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft an den Universitäten der Neuen Bundesländer 1991–1998. Ein Forschungsbericht.....134

FORUM

Guido Speiser:

Gibt es eine Unwucht bei der Finanzierung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen?152

Alexander Lenger, Michael Vollstädt:

Dem Glück auf die Sprünge helfen... Strategische Karriereplanung im wissenschaftlichen Feld167

Joachim Preusse:

Steuerung der Hochschulkommunikation: Potenziale und Voraussetzungen einer Nutzung des Konstruktes Hochschulreputation180

PUBLIKATIONEN

Wolfram Adolphi: Hartenstein. Roman. Drei Bände (*Peer Pasternack*).....197

Peer Pasternack, Daniel Watermann:

Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945.....200
Allgemeines und thematisch Übergreifendes (200) • Gesellschafts-/Geistes- und Sozialwissenschaften (203) • Künstlerische Ausbildungen, Gestaltung und Architektur (222) • Naturwissenschaften (225) • Medizin und Pharmazie (232) • Ingenieurwissenschaften (235) • Regionales und Lokales (239) • Unveröffentlichte Arbeiten (242)

Autorinnen & Autoren.....245

Die Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft an den Universitäten der Neuen Bundesländer 1991–1998

Ein Forschungsbericht

Mitchell G. Ash

Wien

In der umfangreichen Literatur über die Wandlungen und den Neubau des Hochschulsystems in den Neuen Bundesländern im Prozess der deutschen Vereinigung sind zwei Themen bislang weniger stark belichtet worden als andere: das Verhältnis der außeruniversitären Forschung zu den Hochschulen

und die Situation der Naturwissenschaften. Im Folgenden werden neue Forschungsergebnisse über eine Initiative der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) kurz berichtet, die zur Verstärkung unserer Kenntnisse in beiden Bereichen beitragen könnten.¹ Der Bericht versteht sich als Einstieg in das Thema und als Anregung zur weiteren Forschung.

Die Gründung von Max-Planck-Arbeitsgruppen (AGs) an den Universitäten der Neuen Bundesländer (NBL) war der erste Schritt der MPG in den Osten, dessen Vorbereitung schon vor der staatlichen Vereinigung begann und dessen Ergebnis am Ende des Programms 1997 als Erfolg bewertet wurde. Wie zu zeigen sein wird, liegt die Geschichte dieses Programms quer zu den beiden noch immer gängigen Gesamtnarrativen des Vereinigungsprozesses an den Hochschulen als „Kolonisierung“ bzw. „Übernahme“² des Ostens durch den Westen oder als gebotene „Erneuerung“ eines ohnehin maroden und politisch korrumpierten Hochschulsystems.

¹ Die Arbeit am folgenden Beitrag wurde durch das Forschungsprogramm *Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft* am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte unterstützt. Dieser Bericht fußt auf den einschlägigen Teilen einer Monografie des Autors, deren Veröffentlichung bevorsteht: Mitchell G. Ash, *Die Max-Planck-Gesellschaft im Prozess der deutschen Vereinigung. Eine politische Wissenschaftsgeschichte* (Studien zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 5), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, erscheint 2023. Übernahmen aus diesem Text wurden vom Verlag gestattet. Teile der Ergebnisse sind bereits erschienen in: Mitchell G. Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der deutschen Vereinigung 1989–2005. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft*, Preprint 13, Berlin 2020.

² Ilko-Sascha Kowalczyk: *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*, München: C. H. Beck 2019.

Ironischerweise begründete man das Programm mit einer Behauptung, die von vorn herein umstritten war und sich relativ bald als falsch erwies – dass das Wissenschaftssystem der DDR als Imitat des sowjetischen Systems durch eine strenge Differenzierung zwischen den Hochschulen als Lehr- und Erziehungsanstalten (Stichwort „Kaderschmiede“) und den Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) als Horte der Grundlagenforschung charakterisiert gewesen sei. Inzwischen wissen wir, dass dies in keinerlei Hinsicht der Fall war, denn es gab sehr wohl Forschung von hoher Qualität an den Universitäten,³ und die AdW-Institute waren nur zum Teil mit Grundlagenforschung befasst.

Begünstigt wurde diese Annahme zu jener Zeit zunächst durch das allseits eingestandene Unwissen im Westen über das Hochschul- und Wissenschaftssystem der DDR. Doch gerade dann, als umfassendere Auskunft über den Aufbau dieses Systems verfügbar war,⁴ hatte eine politisch gesteuerte Entwertungsoffensive im Westen schon begonnen, die sich im Frühjahr und Sommer 1990 zuspitzte.

Gerade ein bundesdeutsches Wissenschaftssystem, das bis dahin allgemein als kritikwürdig oder gar krisenhaft gegolten hat, wurde nun aus naheliegenden Konkurrenzgründen als alternativlos gehandelt,⁵ während die DDR-Wissenschaft insgesamt parallel dazu als politisch unfrei und epistemisch mittelmäßig hingestellt wurde.⁶ Beides verband sich zu einem scheinbar unschlagbaren diskursiven Ensemble, dessen offenkundigen Zweck die Ablehnung jeglicher „Konvergenz“ der beiden Forschungssysteme gewesen ist.

³ Vgl. schon Peter Weingart, Jörg Strate und Mathias Winterlager: Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband und den Wissenschaftsrat, Bielefeld 1991, sowie Raymond Bentley: Research and Technology in the Former German Democratic Republic, Boulder, CO: Westview Press 1992.

⁴ IGW Erlangen-Nürnberg: Struktur des Wissenschaftssystems der DDR. Forschung und Entwicklung in der DDR, Mai 1990; Clemens Burrichter: Die Situation von Forschung und Entwicklung in der DDR. Einleitungsreferat auf Einladung des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgeabschätzung des Deutschen Bundestages zur gemeinsamen Beratung mit dem Ausschuss für Forschung und Technologie der Volkskammer zum Thema „Die Situation von Forschung und Entwicklung in der DDR“, 20. Juni 1990, Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (AMPG), II. Abt., Rep. 57, Nr. 484.

⁵ Vgl. hierzu in aller Schärfe Hans Joachim Meyer: In keine Schublade. Erfahrungen im geteilten und vereinten Deutschland, Freiburg i. Br.: Herder 2015, S. 130–131.

⁶ In diesem Zusammenhang zitierte man gerne eine Aussage des ostdeutschen Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski: »Im Mittelmaß Weltspitze«. Die DDR-Akademie der Wissenschaften kämpft um ihr Überleben, in: Der Spiegel 30/1990, 23.07.1990, S. 136–137, 139–141.

Die Leitung der MPG positionierte sich im Juni 1990 als Mitträgerin dieses Diskurses, mit prominenter ostdeutscher Hilfe.⁷ Seitdem wird immer wieder pars pro toto die angebliche Aussage des neuen MPG-Präsidenten Hans F. Zacher in der Pressekonferenz zur Hauptversammlung der MPG in Lübeck-Warnemünde zitiert, die DDR-Wissenschaft sei eine „Wüste“.⁸ Die im Westen weiterhin geführte Rede davon, dass in der DDR die Grundlagenforschung an der AdW angesiedelt war, weshalb es nötig sei, diese an die Universitäten „zurückzuführen“, war für die Gründung der AGs der MPG an den Universitäten der NBL ausschlaggebend.

1. Die „Präsidentenkommission DDR“ und die Gründung der Arbeitsgruppen

Am 5. Juli 1990, also am Tage vor dem Beginn der Verhandlungen zum Einigungsvertrag (EV) und bevor der Termin der staatlichen Vereinigung überhaupt feststand, begann der formale Einstieg der MPG als Institution ins Vereinigungsgeschehen mit der Einberufung einer »Präsidentenkommission (PK) DDR«.⁹ Zacher hatte sich zu diesem Schritt – seiner ersten Amtshandlung – schon im Mai in Vorabsprache mit seinem Vorgänger Heinz E. Staab entschlossen. Die Kommissionsleitung übertrug er Herbert Walther, Direktor am MPI für Quantenoptik in Garching. Das Mandat der PK bestand darin, „Vorschläge zu kurzfristig möglichen Maßnahmen“ anzuregen und „Empfehlungen für die Erstreckung der Arbeit der MPG auf dem Gebiet der heutigen DDR zu formulieren“.¹⁰

Das Timing dieser Initiative verdient es, betont zu werden, denn sie lief parallel zu den Verhandlungen zum Einigungsvertrag (EV) an, je-

⁷ Vgl. die beiden Vorträge vor dem Wissenschaftlichen Rat der MPG am 21.6.1990: Manfred Bierwisch: Zur Situation der Wissenschaft in der DDR, in: MPG-Spiegel 4/1990, S. 24–30; Benno Parthier: Analytische Betrachtungen zur Lage der naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in der Akademie der Wissenschaften der DDR, in: Jahrbuch 1990 der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, Reihe 3, 36 (1991), S. 195–198.

⁸ Wüste. Kritik an der DDR-Wissenschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Juni 1990, 31. Die pauschale Formulierung in der Überschrift dieses Beitrags stammt von der Zeitungsredaktion. Wie im Text deutlich wird, bezog sich Zacher mit seiner Aussage lediglich auf einen Teil der Sozial- und Geisteswissenschaften und nicht auf die DDR-Wissenschaft insgesamt. Die wörtliche Wiedergabe seines Statements steht im Bericht des Präsidenten. Anlage zum Ergebnisprotokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 2.10.1990 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1821, fol. 24 verso.

⁹ Zacher an Frau Mayntz und Kollegen, 5.7.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483, fol. 348–349.

¹⁰ Ebenda, fol. 348.

doch ohne erkennbare Verbindung dazu. Dafür war sie eng vernetzt mit der im EV festgelegten Evaluierung der AdW-Institute durch den Wissenschaftsrat (WR), die bereits im sogenannten „Kamingespräch“ der Wissenschaftsminister der beiden deutschen Staaten mit mehreren prominenten Beteiligten in Bonn Anfang Juli vereinbart wurde und zur selben Zeit ebenfalls anlief. Der damalige Vorsitzende des WR, Dieter Simon, war Direktor am MPI für Rechtsgeschichte in Frankfurt a.M.; mehrere Wissenschaftliche Mitglieder der MPG, die in die Evaluierungs-Arbeitsgruppen des WR berufen wurden, waren auch Mitglieder der PK.¹¹

Wie in der MPG insgesamt überwogen Naturwissenschaftler*innen in der Zusammensetzung der Kommission bei Weitem; nur Renate Mayntz, Direktorin am MPI für Gesellschaftsforschung in Köln, kam aus der geisteswissenschaftlichen Sektion (GWS). Damit war die Dominanz der chemisch-physikalisch-technischen Sektion (CPTS) der MPG bei den später beschlossenen AGs vorgezeichnet. Weil man der Meinung war, dass man jetzt schon handeln musste und die Ergebnisse der Evaluierung nicht abwarten sollte, griffen Zacher und die PK bereits im September zu einer Option, die sich bereits im Repertoire der MPG befand und empfahl neben anderen Schritten die „alsbaldige“ Gründung von Arbeitsgruppen (AGs) an den Universitäten „in institutioneller Anbindung an bestehende Max-Planck-Institute“ nach dem Modell der MPG-Nachwuchsgruppen.¹² Die AGs sollten auf fünf Jahre befristet und wissenschaftlich autonom sein.¹³ Der Senat der MPG nahm diese und weitere Empfehlungen der PK im November zustimmend zur Kenntnis.¹⁴

Dass man in einem umkämpften Umfeld agierte, wusste man schon. Ende Juli hatte der Münchener Physiker Harald Fritzsch – der in jungen Jahren gegen das DDR-Regime aufbegehrt und ein Buch über seine dramatische Flucht eben vorgelegt hatte – in einem *Spiegel*-Artikel scharf danach gefragt, was mit den »SED-Professoren« an den ostdeutschen

¹¹ Vgl. hierzu die aktualisierte Liste der 13 wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, die in den Evaluationskommissionen des WR mitwirken, 27.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 182–184. Die Vernetzung reichte bis in die Verwaltung hinein: der zuständige Abteilungsleiter im WR, Wilhelm Krull, der mit Simon eng zusammenarbeitete, konsultierte mit der für die PK zuständige Mitarbeiterin der Generalverwaltung (GV) der MPG, Beatrix Fromm, über die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen des WR.

¹² Vgl. Zacher an die wissenschaftlichen Mitglieder, 26.10.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 354–358; Anlage 1: Empfehlungen der Kommission, ebenda, fol. 359–364, sowie MPG-Jahresbericht 1990, S. 12.

¹³ Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15.11.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 8.

¹⁴ Ebenda, fol. 19.

Universitäten in einem vereinigten Deutschland zu tun sein sollte.¹⁵ Gleich nach der staatlichen Vereinigung schickten sich die Regierungen der neu geschaffenen NBL daran, nach einer fragwürdigen Deutung des Art. 13 EV zu entscheiden, welche als politisch belastet definierten Fächer an den Hochschulen „abgewickelt“ und „neu gegründet“ werden sollten. Parallel zu alledem lief der Machtkampf an den Universitäten selbst weiter, der gleich nach dem Mauerfall begonnen hatte. In diesem politischen Kontext stellte sich die MPG die Aufgabe, Personal aus dem eben durch Art. 38 des EV aufgelösten Forschungsverbund der AdW-Institute an die Hochschulen der NBL „zurückzuführen“, deren Personalpolitik noch völlig unklar war.

Die Finanzierung des Vorhabens war anfänglich noch ungewiss. Für die Initiativen der MPG äußerte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) zunächst im Allgemeinen Zustimmung, doch in Bezug auf die AGs meinte er, „da müsse auch Geld der MPG hinein“.¹⁶ Weil es zu einer Verschiebung des Bundeshaushalts 1991 kam, verlief diese Initiative der MPG zunächst unter Einsatz von Eigenmitteln unter Vorbehalt.¹⁷ Mit den AG-Gründungen begann man trotzdem sofort, obwohl dafür keine politische Frist vorlag. Vielmehr setzte sich die MPG-Leitung selbst unter Zugzwang, ein sichtbares Zeichen des Engagements in Eigenregie zu setzen.

Daraufhin wurde die Initiative von Riesenhuber schon im November 1990 „sehr begrüßt“.¹⁸ Ihre Finanzierung zusammen mit der Unterstützung der in Aussicht genommenen Gründung von Max-Planck-Instituten (MPIs) in Höhe von 30 Millionen DM wurde im Ausschuss Forschungsförderung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) laut einem Bericht des Generalsekretärs der MPG Wolfgang Hasenclever „ohne viel kontroverse Diskussion“ im Februar 1991 befürwortet und an die Regierungschefs weitergeleitet; ein

¹⁵ Harald Fritzsche: „Wohin mit den SED-Professoren?“, in: Der Spiegel 30 (1990), S. 138–139; ders.: Flucht aus Leipzig. München: Piper 1990. Im späten August gab Walther – ein Münchener Kollege von Fritzsche – einen „offenen Brief“ gegen den Spiegel-Artikel an die GV weiter und schrieb dazu im Begleitbrief: „An diesem polemischen Brief ist deutlich zu sehen, auf welchem schmalen Grat wir uns bewegen, wenn wir Kritik äußern.“ H. Walther an Fromm, 23.8.1990. AMPG, II. Abt., Rep. 70, Nr. 17, fol. 271. Bert Schroer (FU Berlin) und andere, Offener Brief. Ebenda, fol. 272–274.

¹⁶ Wieland Keinath, Vermerk an Hasenclever, AL I – V, Dr. Nickel, Fromm, Dr. Sauerwein, 10.9.1990. Gespräch mit Bundesminister Riesenhuber am 31.8.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 570, fol. 229.

¹⁷ Manfred Meinecke, Notiz: Telefonat mit Dr. Zelle am 13.8.1990, ebenda, fol. 242.

¹⁸ Riesenhuber an Zacher, 14.11.1990, Materialien der 126. Sitzung des Senats der MPG vom 15.11.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126. SP, fol. 49.

Vertreter der neuen Länder hat laut desselben Berichts „sogar die Frage gestellt, ob denn die 30 Millionen überhaupt ausreichten“.¹⁹ Allerdings waren die NBL nach dem Konjunkturereinbruch im Osten nicht imstande, mitzutun, weshalb ihre Vertreter in der BLK den Bund und die westdeutschen Länder (ABL) baten, die Finanzierung als ein Gebot der Solidarität zunächst einmal alleine zu tragen.

Bei der Auswahl der AG-Leiter²⁰ sollten Personen und Programme, wie in der MPG üblich, zusammen betrachtet werden. Analog zum Berufungsverfahren für MPI-Abteilungsleiter wurden die Vorschläge mit inhaltlichen Konzepten der AGs sowie Laudationes und Lebensläufen der vorgeschlagenen AG-Leiter versehen.²¹ Um die Auswahl der Themen und der AG-Leiter möglichst zügig zu schaffen, wurde allerdings eine stark modifizierte Version des Verfahrens der MPG für Neuvorhaben entwickelt. Beachtlich ist, dass und wie Wege gefunden wurden, trotz der selbst auferlegten Eile die wissenschaftlichen Mitglieder, die Institute und die Sektionen der MPG einzubinden, während der Präsident und die Generalverwaltung (GV) die Federführung beibehielten.²² Es lagen von der PK formulierte Auswahlrichtlinien vor und alle drei Sektionen der Gesellschaft richteten Auswahlkommissionen ein, doch es gab trotzdem wohl aufgrund der Eile keine Stellenausschreibung.

Im Unterschied zum gewöhnlichen Verfahren für Neuvorhaben der MPG kam zu den wissenschaftlichen Auswahlkriterien ein politisches hinzu. Ein AG-Leiter sollte „grundsätzlich“ aus den NBL kommen, die Fähigkeit zur selbstständigen Forschung und Leitung erkennen lassen und ein Arbeitsprogramm verfolgen, das thematisch eng mit dem Gebiet des antragsstellenden MPIs verknüpft war, wobei die AG-Leitung in der Themenwahl „im Rahmen seines Arbeitsgebietes frei“ sein sollte.²³ Tat-

¹⁹ Vermerk Hasenclever an Ref. 4A, 5. März 1991, Sitzung des Ausschusses Forschungsförderung der BLK am 26. Februar 1991, Materialien zur 152. Sitzung des Verwaltungsrates der MPG vom 7.3.1991 in Berlin. AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 152.VP, fol 161.

²⁰ Weil alle AG-Leiter männlich waren, wird an dieser Stelle auf das Gendern verzichtet.

²¹ Vgl. zum Beispiel: Anlage 2a »Ostelbische Gutsherrschaft als sozialgeschichtliches Phänomen« mit Laudatio Jan Peters; Anlage 2b: »Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern« mit Laudatio Helmut Wiesenhal; Anlage 2c »Umweltrecht« mit Laudatio Reinhard Müller; Anlage 2d, AG »Strukturelle Grammatik« mit Laudatio Manfred Bierwisch. Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 7.2.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1489, fol. 22–47.

²² Zum Verfahren im Einzelnen vgl. Ash: Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext, 2020, S. 78–80.

²³ Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15.11.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 14–15.

sächlich kamen die AG-Leiter mit zwei Ausnahmen aus den NBL, aber genau das brachte wiederum das Problem der politischen Integritätsprüfung mit sich (siehe unten).

Weil man „allenthalben einen Mangel an Kenntnissen über die Situation in den neuen Bundesländern“ feststellte,²⁴ griffen die nominierenden MPG-Mitglieder häufig auf Personen zurück, die sie schon kannten und als Forscher empfehlen konnten.²⁵ Also kam es faktisch zu einer Auswahl auf Zuruf. Woher man sich kannte, war recht unterschiedlich: Während einige Vorschläge aus schon laufenden Einzelkooperationen zwischen MPIs und AdW-Instituten oder, wie im Falle des Quantenchemikers Joachim Sauer, aufgrund eines Gastvortrags am MPI für Metallforschung in Stuttgart zustande kamen, waren andere aus bestehenden Verbindungen schon bekannt, wie im Falle des Sprachwissenschaftlers Manfred Bierwisch, der seit 1985 Auswärtiges Mitglied des MPI für Psycholinguistik in Nijmegen war, oder der Physiker und Astronom Thomas Henning, dessen Institut in Jena seit den 1980er Jahren Verbindungen zum MPI für Radioastronomie in Bonn hatte.²⁶ Noch andere Kontakte sind erst nach der Vereinigung zustande gekommen.²⁷

Insgesamt lagen bis Februar 1991 41 AG-Vorschläge vor, von denen zunächst 13 zur Gründung vorgeschlagen wurden. Erst nach dieser ersten Siebung wurden die ausgewählten Vorschläge an die von den Sektionen eingesetzte Kommissionen und danach, mit Empfehlungen versehen, an die Sektionen selbst zur Stellungnahme vor der Senatssitzung weitergeleitet.²⁸ Spätestens im November 1990 war nicht mehr von Nachwuchsgruppen, sondern aufgrund des hohen Alters von mehreren der vorgesehenen AG-Leiter – darunter Bierwisch mit 60 Jahren und der Historiker Jan Peters mit 58 Jahren – von Arbeitsgruppen die Rede. Das Alter der

²⁴ Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der MPG vom 16.10.1990 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1488, fol. 12.

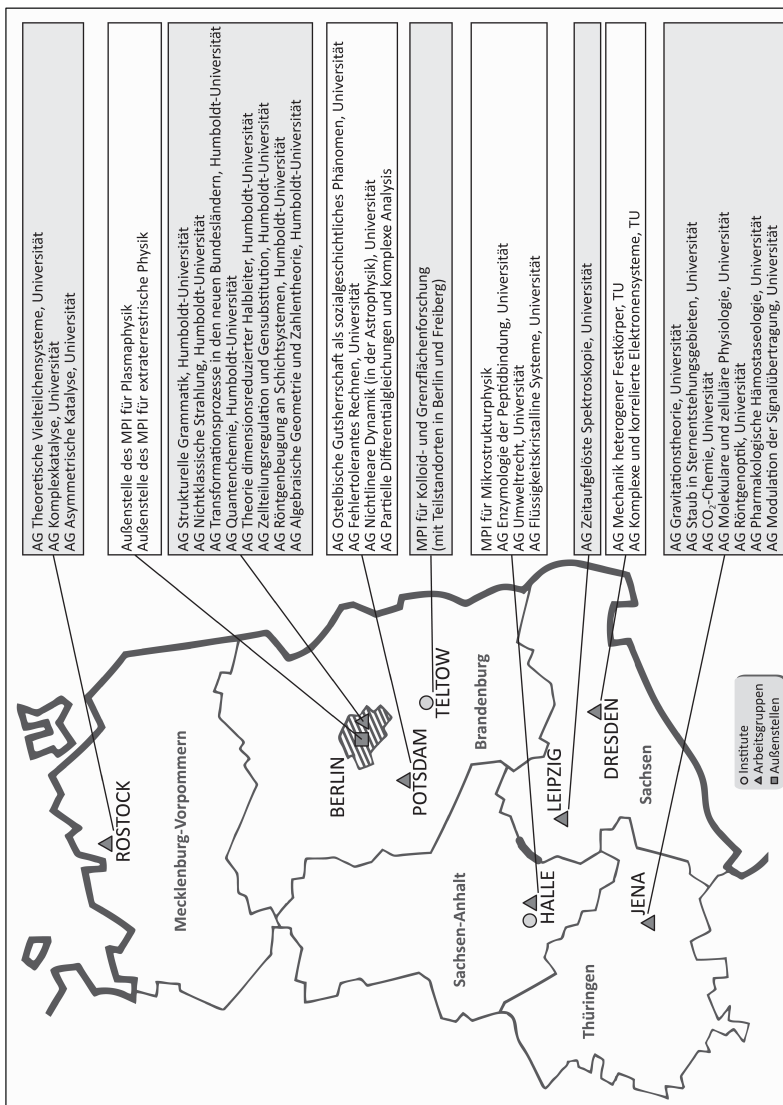
²⁵ Für Beispiele siehe Ash: Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext 2020, S. 78–79.

²⁶ Zu diesen Verbindungen vgl. Mitchell G. Ash: Interview mit Thomas Henning. Wien – Heidelberg (mit Zoom), 29. August 2022. Digitales Archiv Geschichte der MPG (DA GMPG) ID 601104.

²⁷ Für Beispiele vgl. Olim: Erste Fahrt in den Westen, in: MPG-Spiegel 2/94, 17. Hinweise auf die Vielfalt der Kontaktwege geben diese und weitere kurze Schilderungen mehrerer AG-Leiter, die später im MPG-Spiegel unter der Rubrik »Zur Person« publiziert wurden. Vgl. zum Beispiel Rolak: Dr. Michel Strauss: Zur Person, in: MPG-Spiegel 5/93, S. 16; Rolak, Helmut Eschrig, 1994, S. 16. Mitchell G. Ash: Interview mit Joachim Sauer. Wien–Berlin (mit Zoom) 29. April 2020. DA GMPG ID 601066.

²⁸ Am Beispiel der GWS: Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der MPG am 7.2.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1489, fol. 10–13.

Übersicht 1: Institute, Arbeitsgruppen und Außenstellen der MPG in den NBL.
Stand: 11. Mai 1992



Darstellung nach: Pressereferat der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): Max-Planck-Gesellschaft. Aktivitäten in den Neuen Bundesländern. Eine Zwischenbilanz, München 1993, S. 8. Vgl. Mitchell G. Ash, Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der deutschen Vereinigung, Berlin 2020, S. 130

ersten AG-Leiter reichte von 34 bis 60 Jahren, nur zwei waren unter 40 Jahren, das Durchschnittsalter betrug 48,9 Jahre.²⁹

Im November 1991 erklärte man die Gründung der AGs für „weitgehend abgeschlossen“.³⁰ Wie Übersicht 1 zeigt, gab es zwar AGs an allen sechs „klassischen“ ostdeutschen Universitäten und damit in allen der NBL, aber die meisten AGs befanden sich im Raum Berlin-Potsdam.

Bis dahin hatte der MPG-Senat die Gründung von insgesamt 29 AGs beschlossen.³¹ Zwei davon entfielen jedoch, weil die vorgesehenen Leiter aus politischen Gründen nicht angestellt werden konnten (siehe unten). Weil eine davon durch die Gründung einer neuen AG Ende 1993 ersetzt wurde,³² pendelte sich die Gesamtzahl der AGs schließlich auf 28 ein. Die Dominanz der CPTS dabei war mit 19 AGs eindeutig; sechs AGs waren der Biowissenschaftlich-Medizinischen Sektion (BMS) und vier (später drei) der GWS zugeordnet. Die starke Beteiligung der CPTS hing damit zusammen, dass sie bei Weitem die größte der MPG war; außerdem hatten mehrere Mitglieder dieser Sektion schon vor der Wende Kontakte angeknüpft.

2. Die Umsetzung der AG-Gründungen: erste Schwierigkeiten

Die Umsetzung der Gründungsbeschlüsse verlief zäher an als gedacht, wie Zacher bereits im November 1991 eingestand.³³ Das grundsätzliche Problem war ein strukturelles: Wie sollten Einheiten, die eigenständig arbeiten sollten und nach den Kriterien der MPG autonom ausgewählt wurden, an Universitäten zu integrieren sein, die sich selbst im radikalen Wandel befanden und deren Fakultäten um ihre eigenen Entscheidungsbefugnisse bemüht waren?³⁴

²⁹ Eigene Berechnung nach den Informationen in: MPG gründet erste Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern, in: MPG-Spiegel, 2/91, S. 11–13.

³⁰ Materialien der 154. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1991 in Düsseldorf. AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154.VP, fol. 93.

³¹ Vgl. Ash: Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext, Tabelle 1.

³² Vgl. hierzu Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Molekulare und zelluläre Biophysik“ der Max-Planck-Gesellschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.11.1993 in München, sowie die dazugehörigen Materialien, GMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 160.VP, fol. 11 resp. 169–173.

³³ Niederschrift der 129. Sitzung des Senats vom 22.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fol. 29.

³⁴ Über die Erfolge, aber auch die fortbestehenden Probleme der Umsetzung der AGs vgl. Helmut Eschrig: Der Erneuerungsprozess aus der Sicht der Max-Planck-Arbeitsgruppen, in: Gunnar Berg und Benno Parthier (Hg.): Zur Situation der Universitären und außeruniversi-

Einen ersten Einblick in die Umsetzungsproblematik erhielt Zacher schon in Gesprächen mit Hochschulleitungen und Mitarbeiter*innen der Ministerien in Jena und Erfurt am 27. und 28. März und in Halle am 7. April 1991.³⁵ In Jena waren neben dem Rektor Ernst Schmutzer (einem der führenden theoretischen Physiker der DDR) sogar Minister Ulrich Fickel (FDP) mit seinem leitenden Mitarbeiter Klaus Bartholomé anwesend. Neben der noch ungelösten Frage nach der räumlichen Unterbringung und administrativen Problemen war der zentrale Knackpunkt vom Anbeginn an die Forderung der MPG nach einer vertraglichen Festlegung der Übernahme des AG-Personals in die jeweiligen Universitäten nach Ablauf der Fünfjahresfrist. Nach einer Auskunft des aus Gießen kommenden neuen Kanzlers der Universität Jena verstieß diese Forderung gegen die gerade eingeführte bundesdeutsche Anstellungspraxis an den Hochschulen, nach der für wissenschaftliche Mitarbeiter keine Verträge mit einer Geltungsdauer über fünf Jahre zu vergeben seien. Dennoch bestand Zacher auf dieser Zusicherung, denn „sonst ginge das Ganze zu Lasten der Max-Planck-Gesellschaft. *Dieses Risiko könnten wir nicht nur nicht eingehen. Wir würden es auch nicht eingehen.*“³⁶

Ein Jahr später standen dieselben grundsätzlichen Probleme allesamt noch immer im Raum. Wie Zacher im November 1992 berichtete, wollten „erstens die Fakultäten zunehmend ihre eigenen Vorstellungen bei der Besetzung der Leitungspositionen verwirklichen, [...] zweitens [gab es] technische Schwierigkeiten hinsichtlich der Unterbringung [...] und drittens seien Probleme aufgrund der Überprüfungen der politischen Vergangenheit aufgetreten.“³⁷ Was alles unter „eigenen Vorstellungen“ der Fakultäten gemeint sein könnte, zeigen einerseits ein Bericht über die „destruktive Einstellung“ der Medizinischen Fakultät in Jena gegenüber der dortigen biomedizinischen AGs,³⁸ sowie andererseits eine Beschwerde von drei AG-Leitern in Potsdam über die Berufungen ehemaliger Par-

tären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern, in: Nova Acta Leopoldina, Neue Folge, Nr. 290, Bd. 71 (1994), S. 147–151.1994, 147–151.

³⁵ Präsident: Bericht über die von mir am 27. März geführten Gespräche in Jena bzw. die am 28. März geführten Gespräche in Erfurt, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 25–41; ders., Bericht über die am 7. April 1991 geführten Gespräche in Halle, 9. April 1991, ebenda, fol. 42–52.

³⁶ Ebenda, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 40. Hervorhebung durch MGA.

³⁷ Niederschrift der 132. Sitzung des Senats vom 20.11.1992 in Herrenberg b. Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP, fol. 9.

³⁸ Andreas Trepte: Notiz an den Präsidenten und den Generalsekretär, Betr.: Situation unserer medizinischen Arbeitsgruppen an der Universität Jena, 14.9.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 342, fol. 169–171, 170.

teifunktionäre – darunter ihrer ehemaligen Vorgesetzten – an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der neuen Universität, deren Einfluss ihrer Meinung nach zur Bildung von „Seilschaften“ gegen sie führen könnte.³⁹

3. Die politische Überprüfung des AG-Personals

Potenziell noch brisanter war die Frage nach der politischen Integritätsprüfung der AG-Leiter darauf, ob sie in der DDR mit der SED in gehobener Stellung oder mit der Stasi gearbeitet hatten. In der Regel mussten sie sich aufgrund der seit dem Sommer 1991 verabschiedeten „Hochschulerneuerungsgesetze“ einer solchen Prüfung stellen, um an den Universitäten überhaupt angestellt zu werden.⁴⁰ Während der Rekrutierung waren Einschätzungen zur politischen Integrität von Bewerbern um AG-Leitungen aber nicht angefordert worden;⁴¹ das Thema kam in den Laudationes nur vereinzelt vor.⁴²

Es sei daran erinnert, dass zu jener Zeit noch gar nicht klar gewesen war, was in dieser Hinsicht überhaupt Politik sein würde. Das Stasi-Unterlagengesetz, das die nach seinem ersten Leiter genannte „Gauck-Be-

³⁹ Gössl an Beatrice Fromm, 8.2.1993; Trepte, Vermerk: Arbeitsgruppen an der Universität Potsdam, 8.2.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 31, 34–36; Hasenclever: Gespräche in Potsdam am 10. März 1993, 11.3.1993, ebenda, fol. 20. Im zuletzt genannten Gespräch hat Forschungsminister Hinrich Enderlein diesen Vorwurf „kategorisch bestritten“.

⁴⁰ Treffen der Wissenschaftsminister der neuen Länder und Berlins mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie und dem Vorsitzender des WR 19.9.1991 in Dresden, TOP 7.6: Grundsätze für Einstellungen bei gemeinsam von Bund und Ländern geförderten neuen Forschungseinrichtungen im Berlin und den NBL. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 105–113. Zu den Hochschulerneuerungsgesetzen vgl. Mitchell G. Ash: Die Universitäten im deutschen Vereinigungsprozess – ‚Erneuerung‘ oder Krisenimport?, in: ders. (Hg.): Mythos Humboldt – Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten, Wien: Böhlau-Verlag, 1999, S. 105–135, 111–119, sowie neuerdings Klaus Dicke: Die Rolle der Hochschulgesetze im Hochschulumbau Ost, in: Jens Blecher und Jürgen John (Hg.): „Hochschulumbau Ost“. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2021, S. 147–156.

⁴¹ Das Thema blieb unerwähnt im Rundschreiben Zachers an die Wissenschaftlichen Mitglieder und Institute der MPG, 26.10.1990, Anlage 2: Hinweise für Anträge zur Einrichtung von Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft an Universitäten sowie für Vorschläge zur Gründung von Projektgruppen oder Max-Planck-Instituten in den Neuen Bundesländern, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391.

⁴² Vgl. z.B. die Laudatio für Joachim Sauer von Hans Georg von Schnering, in Materialien der 128. Sitzung des Senats vom 6.6.1991 in Berlin. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP, fol. 175. Vgl. hierzu Joachim Sauer: Die Kunst war, morgens noch in den Spiegel schauen zu können, 2010, 22–29; Mitchell G. Ash: Interview mit Joachim Sauer. Wien–Berlin (mit Zoom) 29. April 2020, DAGMPG, ID 601066.

hörde“ etablierte, wurde erst am 14. November 1991 verabschiedet und trat im Dezember in Kraft. Die MPG war als eingetragener Verein für derartige Prüfungen weder formalrechtlich zuständig noch mangels Expertise im Hause in der Lage. Ihre Leitung war ohnehin der Meinung, dass ausschließlich wissenschaftliche Qualitätskriterien für die Auswahl ausschlaggebend sein sollten.⁴³ In der Praxis gab die MPG das Problem an die Universitäten weiter, behielt sich aber Case-by-Case-Beurteilungen bei Negativbeurteilungen der Universitäten vor.

Diese Politik führte mehrfach zu Problemen bei der Umsetzung der AGs. Von ursprünglich 29 AG-Leitern sind bislang vier Fälle von Ablehnungen seitens der universitären Gremien aufgrund hoher Parteiämter oder Stasi-Mitarbeit bekannt, also circa 14 Prozent; dieses Ergebnis liegt nur geringfügig höher als dasjenige für das Hochschulpersonal im Allgemeinen (ca. 10 Prozent) und weit unterhalb dasjenige für die Hochschullehrerschaft (ca. 20 Prozent).⁴⁴ In einem weiteren Falle an der TU Dresden berief der Minister einen AG-Leiter 1994 zum Professor, obwohl die Personalkommission der Universität keine positive Stellungnahme abgab; sein Vorgehen war durch die neue Hochschulgesetzgebung in Sachsen erlaubt.⁴⁵

4. Aufbau und Abschluss des AG-Programms

Nach alledem schien das Programm im August 1993 auf Kurs zu sein. Wie der zuständige GV-Mitarbeiter der GV, Andreas Trepte, damals berichtete, waren bis dahin schon 17 der damals 28 AG-Leiter auf Professuren berufen worden, während fünf weitere Berufungsverfahren »ohne erkennbare Probleme« am Laufen waren. Fünf »Problemfälle«, jeder mit verschiedenen Gründen, blieben noch übrig.⁴⁶

Joachim Sauer berichtet im Interview, dass in seinem Fall die Zusammenarbeit im Institut für Chemie der HU Berlin positiv verlief, nachdem

⁴³ Fromm an Zacher, Hasenclever und Walther »persönlich«, 10.1.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 179–180. Für Fromm war dies »eine rhetorische Frage«, die sie nur stellte, weil einige Mitglieder der BMS eine Einbeziehung der politischen Biographien von Kandidat*innen prinzipiell ablehnten.

⁴⁴ Vgl. hierzu Mitchell G. Ash: Hochschulelitenwechsel in vergleichender Perspektive: 1918, 1933/38, 1945, 1989/90, in: Blecher und John (Hg.): „Hochschulumbau Ost“ 2021, S. 86.

⁴⁵ Vgl. hierzu AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 346, fol. 124, 128.

⁴⁶ Vermerk Trepte: Arbeitsgruppen an Universitäten in den neuen Bundesländern. Berufung der Arbeitsgruppenleiter (Stand: 18. August 1993), AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 344, fol. 281–285, insbesondere fol. 285: Fazit für 28 Arbeitsgruppen.

das Platzproblem gelöst worden war; die MPG sei mit der Personalausstattung der AG-Mitarbeiter „sehr hilfreich“ gewesen. Nach seiner Berufung zum Professor 1993 war er selbst Mitglied der Struktur- und Berufungskommission seiner Fakultät; die Ausstattung seines Lehrstuhls sei „besser gewesen als die mancher quantenchemischen Professur in der BRD“.⁴⁷ Auch Thomas Henning berichtet Positives über seinen bereits 1992 erfolgten Ruf auf eine C-3-Professur und die größtenteils erfolgreiche Integration der Mitarbeiter der von ihm geleiteten AG in Jena.⁴⁸

Die Berichte der AGs in den Jahrbüchern der MPG aus dieser Zeit geben ein beeindruckendes Bild der vielfältigen Forschungen in diesen ab, die häufig über Drittmiteleinwerbungen aus der DFG, der VW-Stiftung und anderen Quellen mitfinanziert wurden. Darauf an dieser Stelle inhaltlich einzugehen ist aus Platzgründen leider nicht möglich.

Doch trotz dieser epistemischen sowie der offenkundigen personalen Ressourcengewinne für die Universitäten verlief nicht alles problemlos. In einem umfassenden Bericht nach einem Treffen mit den AG-Leitern im Oktober 1993 verdeutlichte Trepte die noch verbleibenden Schwierigkeiten auf mehreren Ebenen.⁴⁹ Insbesondere gestalteten sich die Beziehungen der AG-Leiter zu den jeweils zuständigen Ministerien und ihren gastgebenden Universitäten unterschiedlich. Verkomplizierend wirkte dabei die Tatsache, dass sich die jeweilige Zuständigkeit der Institutsbetreuung der GV für die Arbeitsgruppen nicht nach Themengebieten, sondern nach den jeweils als Sponsoren tätigen MPIs richtete. Dies führte dazu, dass zuweilen mehrere Institutsbetreuungen für AGs an einer Universität zuständig waren.⁵⁰

Das Hauptproblem blieb jedoch nach wie vor die noch fehlenden Zukunftsperspektiven der AG-Mitarbeiter*innen. Im Mai 1995 berichtete Hasenclever in einer Sitzung des Präsidiums über Gespräche mit den zuständigen Ministern aller NBL außer Mecklenburg-Vorpommern Positives: „Die Arbeitsgruppen werden allgemein als großer Erfolg bewertet.

⁴⁷ Mitchell G. Ash: Interview mit Joachim Sauer, Wien – Berlin (mit Zoom), 29.4.2020. DA GMPG ID 601066.

⁴⁸ Mitchell G. Ash: Interview mit Thomas Henning, Wien – Heidelberg (mit Zoom), 29. August 2022. DA GMPG ID 601104.

⁴⁹ Vgl. zum Folgenden: Trepte, Treffen mit den Leitern der Arbeitsgruppen der MPG an Universitäten der neuen Bundesländer am 11./12. Oktober 1993 in München, 19.10.1993. Auswertung der Diskussion, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 345, fol. 248–251.

⁵⁰ Ebenda. Vgl. hierzu Niederschrift der 142. Sitzung des Senats der MPG in Berlin vom 15.3.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 142.SP, fol. 6 verso. Dort berichtet auch Zacher, dass sich die AGs »in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich gestalten und teilweise Anlass zu großen Sorgen gebe«, doch ging er aus Zeitgründen nicht näher darauf ein.

In keinem Fall gäbe es unlösbare Probleme.“⁵¹ Gleichwohl musste er auch berichten, dass „die wenigsten Länder hätten genügend Stellen [...] für die Überleitung“ der AG-Mitarbeiter*innen reserviert. Deshalb werde die MPG wohl „für einen befristeten Zeitraum Stellen an den Universitäten“ für diese mit Projektmitteln finanzieren müssen. Das Präsidium stimmte dem zu, hielt aber eine qualitative Begutachtung der Projektförderanträge auf DFG-Niveau für nötig. In der Folge wurden drei AGs mit Projektmitteln für bis zu zwei Jahren weitergefördert.

Im März 1996 hatte sich laut eines weiteren Berichts von Trepte die finanzielle Situation an den Hochschulen „drastisch verschlechtert“, doch dafür sei der Erfolg der MPG mit ca. 50 Prozent Übernahme positiv zu sehen; „dies wäre nicht so gekommen, ohne frühzeitige Ankündigung der Projektförderung.“⁵² Obwohl schwierige Verhandlungen mit den Personalräten der Universitäten noch bevorstanden, zog Trepte eine durchaus positive Bilanz: Von den insgesamt 231 angestellten Mitarbeiter*innen werden „voraussichtlich 147 auf Stellen der Universitäten eingestellt (2/3)“ und 75 (rd. 1/3) über die Projektförderung finanziert. „Insgesamt ist aus heutiger Sicht mit keinen sozialen Notfällen bei der Integration der Arbeitsgruppen zu rechnen. Diese dürfte damit wissenschaftlich wie sozial erfolgreich verlaufen.“⁵³

Am 26. Februar 1997 kam es zur feierlichen Verabschiedung der AGs in Jena, an der neben dem MPG-Präsidenten Hubert Markl der zuständige Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung Fritz Schaumann und der Stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Thüringen Gerd Schuchardt – beide Mitglieder des Senats der MPG – teilnahmen. Im entsprechenden Senatsprotokoll notierte man das Ereignis, aber maß den Erfolg der AGs ausschließlich in finanziellen Kategorien.⁵⁴ Demnach brachten die Rektoren „mehrfach ihren Dank für das gewonnene Forschungspotential zum Ausdruck“, welches anhand der Erfolge der AGs bei der Einwerbung von Drittmitteln sichtbar sei; seinerseits dankte Markl Bund und Ländern noch einmal für die Finanzierung der AGs „mit mehr als 200 Mio. DM“.

⁵¹ Vgl. zum Folgenden Protokoll der Sitzung des Präsidiums vom 30. Mai 1995, 8.6.1995, 4.1. Integration der Arbeitsgruppen. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 348, fol. 278–279.

⁵² Trepte, Vermerk für das Präsidium, 21.3.1996: Stand der Integration der MPG-Arbeitsgruppen – geordnet nach Bundesländern. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 350, fol. 48–63, 63.

⁵³ Trepte, Vermerk Stand der Überführung der Arbeitsgruppen in den neuen Ländern, 14.6.1996. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 352, fol. 116–118, 118.

⁵⁴ Niederschrift der 145. Sitzung des Senats vom 7.3.1997 in Essen, BL. 2. AMPG, II. Abt., Rep. 60, 145.SP, fol. 5 verso.

In seiner Festrede zum Anlass gestand Markl allerdings ein, erst im Lauf des Programms gelernt zu haben, „wieviel Spitzenforschung an den Universitäten“ der DDR geleistet wurde.⁵⁵ Erinnern wir uns daran, wie überzeugt man sich im Vereinigungsjahr gab, dass die Grundlagenforschung der DDR von den Instituten der AdW an die Universitäten „zurückzuführen“ sei, scheint die ironische Feststellung gerechtfertigt zu sein, dass dieses überaus erfolgreiche Programm der MPG aufgrund einer falschen Annahme entstanden war.

5. Nachspiel: Feedback-Wirkung in den ABL

Erst zwei Jahre nach dessen Abschluss sollte das AG-Programm als Konzeptionshilfe für eine strukturelle Reform der Beziehungen der MPG und die Universitäten indirekt dienlich sein. Forderungen nach einer verstärkten Kooperation waren im Kontext der neoliberalen Hochschul- und Wissenschaftspolitik der letzten Kohlregierung laut geworden. Eine international besetzte Kommission unterstützte diese Forderung im Rahmen der sogenannten „Systemevaluierung“ der DFG und der MPG und regte an, neben den bereits laufenden Max-Planck International Research Schools „Max-Planck-Forschungsstellen“ in Universitäten zu gründen.⁵⁶ Der Senat beschloss daraufhin die Einrichtung von Projektgruppen als Pilotprogramm mit einer Laufzeit von fünf Jahren; erst danach sollte über eine dauerhafte Förderung entschieden werden.⁵⁷

Aus den genaueren Erläuterungen Markls hierzu wurde jedoch deutlich, dass es sich um eine Erweiterung und Verwandlung des AG-Modells handelte, wobei man offenbar aus den oben genannten Schwierigkeiten der AGs einiges gelernt hatte.⁵⁸ Nunmehr sollte im Vorhinein

⁵⁵ Hubert Markl, »Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen«. Rede des Präsidenten Prof. Hubert Markl zur Verabschiedung der Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern, in: MPG-Spiegel 2/1997, S. 29–34, 31.

⁵⁶ BLK: Forschungsförderung in Deutschland, 1999, 37–38, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 152.SP, fol. 258–259. Zum Hintergrund der „Systemevaluation“ vgl. Wilhelm Krull und Simone Sommer: Die deutsche Vereinigung und die Systemevaluation der deutschen Wissenschaftsorganisationen, in: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): Das Wissenschaftsministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, S. 200–235, und Ash, Die Max-Planck-Gesellschaft, Abs. 4.3.1.

⁵⁷ Vgl. zum Folgenden Niederschrift der 157. Sitzung des Senats vom 23.3.2001 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 157.SP, fol. 10–11.

⁵⁸ Ebendort. Vgl. Zusammenfassende Niederschrift der 5. Sitzung des Senatsausschusses für Forschungsplanung vom 22.–23.1.2001 in München. Materialien zur 157. Sitzung des Senats vom 23.3.2001 in München. AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 157.SP, fol. 231.

„vonseiten der Universitäten ein wirkliches, auf Dauerhaftigkeit angelegtes Engagement bestehen“, indem ein auf eine C4-Stelle berufenes Vollmitglied der entsprechenden Fakultät der Universität an der Projektgruppe beteiligt sei. Zugleich sollte ebenfalls vorab geklärt sein, „dass das wissenschaftliche Konzept in Wechselwirkung mit der Universität ‚Max-Planck-gerecht‘, innovativ und möglichst disziplinenübergreifend“ sei, bevor die MPG sich bereit erklärt, Mittel in erheblichem Umfang einzusetzen. Während die Universität die Infrastruktur bereitstellen müsste, wollte die MPG „die qualitative Betreuung“ übernehmen. Nach zwei Jahren sollte die Projektgruppe einer Evaluation durch einen Fachbeirat unterzogen werden; nach vier Jahren sollte dann im Rahmen einer umfangreicheren Evaluierung grundsätzlich über die Zukunft der jeweiligen Gruppe nachgedacht werden. Im Normalfall sollte die Gruppe „vollständig in die Universität überführt“ werden, doch sollte „eine dauerhafte Einrichtung innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft nicht von vorneher ein ausgeschlossen“ sein.

Das Programm wurde wegen der Haushaltsschwierigkeiten der folgenden Zeit erst langsam eingeführt, aber bis 2002 wurden immerhin drei Max-Planck-Forschungsgruppen eingerichtet: für Optik, Information und Photonik an der Universität Erlangen, für Mechanik der Polymere an der TU Darmstadt und für Stammzellbiologie und Materialien Gewebsregeneration an der Universität Ulm.⁵⁹ Aus der Forschungsgruppe in Erlangen entstand das schon 2004 gegründete MPI für Physik des Lichts.⁶⁰ Das Format erwies sich auch in den folgenden Jahren als attraktiv.

6. Resumee

Summa summarum scheint die Gründung von AGs der MPG an den Universitäten der NBL trotz der hier skizzierten Anfangsschwierigkeiten eine der seltenen Erfolgsgeschichten der deutschen Vereinigung im Bereich der Hochschul- und Wissenschaftspolitik gewesen zu sein. Mithilfe dieses Programms erhielten die Universitäten erstklassige Wissenschaftler*innen und integrierten diese und mehrere der von ihnen ausgewählten Mitarbeiter*innen. Ermöglicht wurde diese Mobilisierung personeller

⁵⁹ Sechste Sitzung des Senatsausschusses für Forschungsplanung vom 5.11.2001 in München, Materialien zur 159. Sitzung des Senats der Max-Planck-Gesellschaft vom 23.11.2001 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 159.SP, fol. 181.

⁶⁰ Niederschrift über die 160. Sitzung des Senats vom 8.3.2002 in Jena, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 160.SP, fol. 10–11; Niederschrift über die 162. Sitzung des Senats vom 22.11.2002 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 162.SP, fol. 12.

und epistemischer Ressourcen trotz der krisenhaften Finanzlage der Universitäten zu dieser Zeit vor allem durch Eigenmitteln und Projektförderungen der MPG, die im Wesentlichen aus den Mitteln des politischen Projektes „Aufbau Ost“ kamen.

Einschränkend sei aber darauf hingewiesen, dass dieser Bericht lediglich als erster Schritt ins Themenfeld zu sehen ist, fußt er doch im Wesentlichen auf Veröffentlichungen und Archivalien der Max-Planck-Gesellschaft selbst, die durch Zeitungsberichte und Zeitzeugeninterviews mit zwei AG-Leitern punktuell ergänzt wurden. Um das hiermit entworfene Bild abzurunden, sind weitere Forschungen anhand der an den Hochschulen vorhandenen Quellen, zusätzlicher Zeitzeugen- und Medienberichte und last not least der Forschungsberichte und -arbeiten der AGs selbst notwendig.

Am Beginn dieses Berichtes stand die These, dass dieses Beispiel zu den gängigen Deutungen des Prozesses der deutschen Vereinigung entweder als „Kolonisierung“ des Ostens durch den Westen oder als gebotene „Erneuerung“ eines bankrotten Systems querliege. Abschließend sei auf ein drittes Narrativ hingewiesen, welches in Verbindung mit der Geschichte der AGs entstanden zu sein scheint.

In der bereits zitierten Hauptrede zur Abschlussfeier der AGs in Jena formulierte Markl, der seinerzeit als Präsident der DFG einer der Hauptbeteiligten der deutschen Vereinigung im Bereich der Wissenschaftspolitik war, eine bemerkenswert reflektierte Beurteilung dieses Vorgangs. Einerseits erkannte er Fehler im Einzelnen an, „die auch verletzt haben, die Personen getroffen haben, die es verdient hatten, anders behandelt zu werden.“⁶¹ Dass auch jetzt einige AG-Mitarbeiter*innen trotz hervorragender Leistungen nicht werden weiterarbeiten können, sei für ihn schmerzhaft. Andererseits meinte er, dass angesichts der „rapiden Holterdiepolter“ des Beitritts „fast jede denkbare Alternative [...] zu schlechteren Ergebnissen geführt hätte.“⁶²

Damit schrieb Markl faktisch alle Probleme dem schnellen Beitritt zu und externalisierte die Verantwortung für die Folgeentscheidungen im eigenen Politikfeld. Peer Pasternack nennt dies eine „doppelte Argumentation“, die sich unter den damaligen Gestalter*innen und Evaluierer*innen inzwischen durchgesetzt habe.⁶³ Neben der uneingeschränkten Befürwor-

⁶¹ Ebenda.

⁶² Ebendort.

⁶³ Peer Pasternack: Die vier Dimensionen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus, Ergebnisse und Deutungsmuster, in: Blecher und John (Hg.): „Hochschulumbau Ost“ 2021, S. 45–66, 66.

tung der Vereinigung samt aller ihrer Folgen, die von einigen der damaligen wissenschaftspolitischen Verantwortlichen weiterhin aufrechterhalten wird, und den heute noch vernehmbaren Stimmen der ostdeutschen Verlierer nimmt dieses von Markl formulierte, dritte ambivalente Narrativ eine Mittelstellung ein. Man könnte dafür die Bezeichnung „Erneuerung mit bedauernden Einschränkungen“ wählen.